

Aktionstag für Abrüstung

Sa. 5. Dezember 2020, 11 bis 14 Uhr
Paradeplatz Mannheim

Wir – „der kleine Mann, die kleine Frau“ fordern von den Abgeordneten: Übernehmen Sie Verantwortung für die jetzige und künftige Generationen und setzen Sie sich für die Reduzierung von Rüstungsausgaben, für ein Rüstungsexportkontrollgesetz, für vertrauensbildende Maßnahmen, Rüstungsreduzierung und Abrüstungsabkommen (z. B. INF-Vertrag) und den sozial- und klimagerechten Umbau der Wirtschaft ein.

Sie – die Sie diesen Text lesen – unterstützen Sie uns und fordern von „Ihrer“, „Ihrem“ Abgeordnete/n sich ganz konkret für die folgenden Forderungen einzusetzen.



Waffen- und Munitionsexporte verbieten

Für den Stopp von Rüstungsexporten an Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, und Ägypten, die Waffen aus Deutschland im Jemenkrieg (auch gegen die Zivilbevölkerung) einsetzten und eine humanitäre Katastrophe ausgelöst und Kriegsverbrechen begangen haben. Keine Waffen in die Türkei, die das Völkerrecht und die Menschenrechte verletzt.

Der SPD-Politiker Rolf Mützenich hat von der Bundesregierung ein Ende der „nuklearen Teilhabe“ gefordert. D. h. er will, dass Kampfflugzeuge der Bundeswehr nicht weiter für den Einsatz von Atomwaffen zur Verfügung stehen. Die Bundeswehr soll den Einsatz der US-amerikanischen Atombomben nicht länger üben. Das würde die Beschaffung von neuen Atombombern bei US-amerikanischen und europäischen Rüstungskonzernen erübrigen, für deren Interessen sich Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer sich einspannen lässt.

Kampf dem Atomtod - Für den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag (AVV)

Kein Mensch braucht Atomwaffen höchstens die Eigentümer und Aktionär*innen der Rüstungsfirmen. Auch die Menschen in den 122 UNO-Staaten brauchen sie nicht, deren Regierungen Mut, Verantwortungsbewusstsein und Weitsicht gezeigt haben, indem sie den UNO-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) beschlossen haben. Am 22. Januar 2021 tritt er in Kraft und ächtet A-Waffen genauso wie chemische und biologische Waffen. Deutschland muss dem AVV beitreten und die A-Waffen-Staaten unter Druck setzen, über atomare Abrüstung zu verhandeln. Dazu haben sich die Mitglieder des Atomwaffen-Nichtverbreitungsvertrag vertraglich verpflichtet.

Rüstung tötet täglich! Viren können nicht mit Waffen und Soldaten bekämpft werden

Selbst wenn Waffen und Munition nicht eingesetzt werden, ist bereits ihre Herstellung tödlich, weil so das Leben der Menschen in Entwicklungsländern gefährdet. Auch Raubbau an Ressourcen und die Umweltzerstörung werden beschleunigt werden. Zusätzlich werden das meteorologische und das politische Klima belastet und menschliche Arbeitskraft und Kreativität missbraucht, statt sie für zivile Güter und Dienste einzusetzen.



Zum bundesweiten Aktionstag ruft die **Initiative „Abrüsten statt aufrüsten“** auf und hat den **Frankfurter Appell** veröffentlicht. Die DFG-VK Mannheim-Ludwigshafen unterstützt die Initiative und ruft zum Aktionstag in Mannheim auf.